

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD**

**Stralsunder Werft und Möglichkeiten einer Beteiligung des Staates  
und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

Für die P+S-Werft in Stralsund hat sich nach jetzigem Stand noch kein Käufer gefunden. In der Antwort auf die Kleine Anfrage mit der Drucksachenummer 6/2267 listet die Landesregierung sehr detailliert die Struktur-, Wettbewerbs-, Investitions- und Innovationsbeihilfen sowie die Bauzeitfinanzierungs-Bürgschaften auf, von denen seit den 1990er-Jahren auch der Stralsunder Werftenstandort profitierte.

1. In welchem konkreten Umfang wurden durch den Stralsunder Werftstandort die Bürgschaftsrahmen ausgeschöpft (siehe Antwort auf Frage 3 der o. g. Drucksache/bitte getrennt für die Jahre 1996, 2007 und 2008 darstellen)?

Das Land hat sich in den unten genannten Jahren finanziell wie folgt engagiert:

1996: Sieben Bürgschaften für Bauzeitfinanzierungen (Landesobligo  $\Sigma$  68,61 Mio. Euro).  
Die Rückgabe der Bürgschaftsurkunden erfolgte in den Jahren 1996 und 1997.

2007: Eine Bürgschaft für eine Avallinie (Landesobligo  $\Sigma$  184,02 Mio. Euro).  
Die Rückgabe der Bürgschaftsurkunde erfolgte am 06.05.2009.

2008: Eine Bürgschaft für einen Bar- und Avalkredit (Landesobligo  $\Sigma$  62,37 Mio. Euro).  
Die Rückgabe der Bürgschaftsurkunde erfolgte am 22.07.2010.

2. Welche grundsätzliche Haltung vertritt die Landesregierung zu einer Verstaatlichung, zumindest aber einer Staatsbeteiligung an Schiffbau-Betrieben, wie sie in anderen europäischen Ländern quasi Realität ist?

Aus grundsätzlichen ordnungspolitischen Gründen hat sich das Land Mecklenburg-Vorpommern bisher unter allen Landesregierungen an den hiesigen Schiffbauunternehmen nicht beteiligt und hält hieran auch fest.

3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung für eine Überführung der Stralsunder Werft in Staatseigentum, zumindest aber für eine Landesbeteiligung an dem besagten Unternehmen?

Vor dem Hintergrund der zur Frage 2 benannten grundsätzlichen ordnungspolitischen Haltung der Landesregierung sieht sie keine Möglichkeiten für eine Landesbeteiligung.